

Mehrwertsteuererhöhung

Nur bei gleichzeitiger Entlastung

Eine isolierte Mehrwertsteuererhöhung, wie etliche Politiker sie befürworten, hätte verheerende Folgen für Wachstum und Beschäftigung. Stiege etwa der Normalsatz von 16 auf 20 Prozent und der ermäßigte Satz von 7 auf 8,75 Prozent, würde das Bruttoinlandsprodukt bereits im Jahr 2007 um real 30 Milliarden Euro bzw. 1,5 Prozent niedriger ausfallen als ohne Steuererhöhung. Zugleich würden die höheren Preise zu Konsumzurückhaltung und damit zu Produktionseinbußen bei den Unternehmen führen. In der Folge dürften bis 2007 fast 500.000 Arbeitsplätze verloren gehen.

Ökonomisch sinnvoller wäre es, die Mehrwertsteuer moderater anzuheben und zugleich die direkten Steuern und Sozialbeiträge zu senken. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) schlägt vor, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 1 Prozentpunkt (dies entspricht schätzungsweise 8 Milliarden Euro) zu senken, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen (10 Milliarden Euro) und im Gegenzug den Normalsatz der Mehrwertsteuer um 2 Punkte auf 18 Prozent zu erhöhen (18 Milliarden Euro). Viele private Haushalte hätten dann unterm Strich mehr im Portemonnaie. Bei einem Mittelschicht-Alleinverdiener mit zwei Kindern (Bruttomonatslohn 4.315 Euro) entfielen der Soli in Höhe von 20 Euro; beim Arbeitslosenbeitrag würde die Familie weitere 22 Euro einsparen. Dem stünde eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten von nur 22 Euro gegenüber. Bei den Unternehmen ließen sich mit dem IW-Vorschlag die Arbeitskosten senken, und die Gewinne würden durch den Wegfall des Soli nicht mehr so stark besteuert – was Investitionen hierzulande fördern und für mehr als 100.000 neue Jobs sorgen dürfte.

Gesprächspartner im IW: **Ralph Brügelmann**, Telefon: (0 30) 2 78 77-1 02

Prof. Dr. Winfried Fuest, Telefon: (02 21) 49 81-7 52

Mehrwertsteuererhöhung

Nur bei Entlastung an anderer Stelle

Eine isolierte Anhebung der Mehrwertsteuer auf 20 Prozent zur Sanierung der öffentlichen Haushalte kostet bereits 2007 rund 490.000 Arbeitsplätze – das hat die Gesellschaft für wirtschaftliche Struktur-forschung im Auftrag des IW Köln berechnet. Ökonomisch sinnvoller wäre es, den Steuersatz nur moderat anzuheben und mit den zusätzli-chen Einnahmen den Solidaritätszuschlag und die Sozialbeiträge zu senken. Dadurch könnten 100.000 und mehr Jobs geschaffen werden.

Wieder einmal, so lässt die aktuelle, zwischen den Parteien im Vorfeld der voraussichtlich anstehenden Bundestagswahlen hitzig geführte Diskussion vermuten, steht den Bundesbürgern eine Mehrwertsteuererhöhung ins Haus. Es wäre nach 1968 die siebte Anpassung. Zwar wird diese politisch brisante Frage wohl erst nach den Wahlen endgültig entschieden. Bereits jetzt sorgt das Vorhaben allerdings für helle Aufregung. Weite Kreise der Bevölkerung halten davon gar nichts; und auch zahlreiche Ökonomen warnen vor diesem Schritt, weil eine derartige Steuererhöhung den privaten Konsum und damit die ohnehin kränkelnde Binnennachfrage schwäche und die Preisstabilität gefährde. Am Ende koste das Drehen an der Steuer-schraube Tausende Jobs.

Diese Argumente gegen eine Erhöhung der Konsumsteuer lassen sich in der Tat nicht so einfach vom Tisch wischen. Ob Wachstum und Beschäftigung

dabei auf der Strecke bleiben, hängt je-doch auch davon ab, wie man die Steuer anhebt – ohne einen Ausgleich anders-wo zu schaffen, oder indem man Belas-tungen an anderer Stelle zurücknimmt, etwa bei den Sozialbeiträgen:

1. Isolierte Mehrwertsteueranhebung. Um ihre Haushaltslöcher zu stopfen, würden etliche Politiker die Mehrwert-steuer ab 2006 gerne heraufsetzen. Un-terstellt man, dass der Normalsatz von 16 auf 20 Prozent und der ermäßigte Satz von 7 auf 8,75 Prozent steigt, hätte das verheerende Folgen (Grafik):

Bruttoinlandsprodukt. Das BIP wür-de im Jahr 2007 – in heutigen Preisen gerechnet – um 30 Milliarden Euro bzw. 1,5 Prozent niedriger ausfallen als ohne Steuererhöhung. Im Jahr 2010 betrüge das Minus schon 34 Milliarden Euro.

Lohn-Preis-Spirale. Die Mehrwert-steuererhöhung setzt – mit einem Time-lag von einem Jahr – eine Lohn-/Preis-spirale in Gang. Im Jahr 2007 wären die

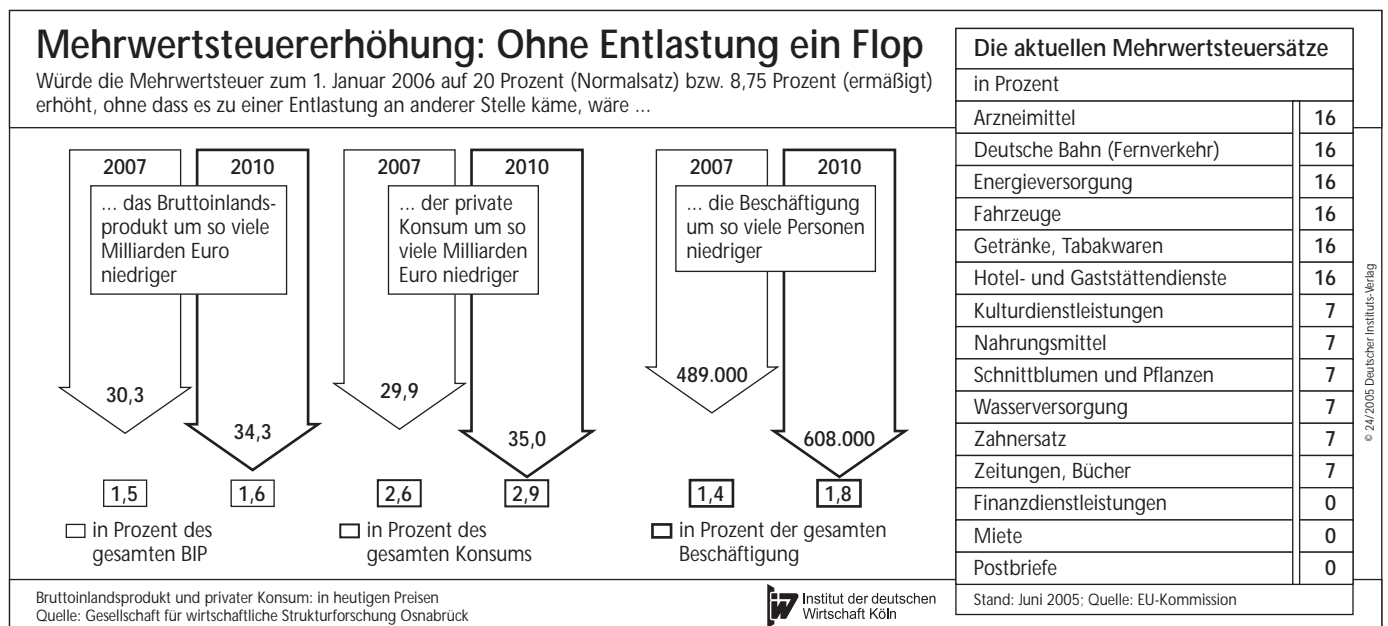
Verbraucherpreise um 2,8 Prozent höher als ohne Mehrwertsteueranhebung und die Löhne um 1,6 Prozent. Real hätten die Arbeitnehmer damit niedrigere Ein-kommen.

Beschäftigung. Die Auswirkungen auf die Beschäftigung wären dramatisch. Bereits 2007 gingen durch die Steuerer-höhung 490.000 Arbeitsplätze verloren; im Jahr 2010 wären es dann 610.000 Jobs weniger.

Hinter diesen Berechnungen steckt ein einfacher Mechanismus: Wenn die Prei-se aufgrund einer Umsatzsteuererhöhung steigen, dann halten sich Verbraucher beim Einkauf zurück. Die Produktion muss entsprechend heruntergefahren wer-den; das kostet Beschäftigung.

Der Anstieg der Mehrwertsteuer um ein Viertel hätte allerdings einen positi-ven Effekt: Sie würde den Staatshaushalt spürbar entlasten. Unmittelbar im Jahr 2006 stiegen die Mehrwertsteuereinnah-men um gut 33 Milliarden Euro. Damit könnte Deutschland ab 2006 das Defizit-kriterium von 3 Prozent wieder einhal-ten – trotz steigender Sozialausgaben in-folge der höheren Arbeitslosigkeit.

2. Mehrwertsteuererhöhung zur Um-finanzierung. Um kurzfristig einen po-sitiven Impuls für Wachstum und Be-schäftigung zu geben, ist eine Erhöhung



der Mehrwertsteuer aber durchaus sinnvoll, wenn – und das ist unabdingbar – im Gegenzug direkte Steuern und Sozialbeiträge gesenkt werden. Dabei wird unterstellt, dass kein Cent für die Sanierung der maroden öffentlichen Kassen abgezweigt wird; der Abbau der Schulden muss auf anderem Wege geschehen – etwa durch Subventionskürzungen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln schlägt vor, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 1 Prozentpunkt (dies entspricht 8 Milliarden Euro) zu senken, den Solidaritätszuschlag (10 Milliarden Euro) abzuschaffen und im Gegenzug den Normalsatz der Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte auf 18 Prozent (18 Milliarden Euro) zu erhöhen.

Auch hier kommt wieder ein Mechanismus in Gang, der allerdings im Vergleich zur isolierten Steuererhöhung keine volkswirtschaftlichen Nachteile mit sich bringt. Im Gegenteil: Die Senkung des Soli sorgt für zusätzliche Investitionen und entlastet die privaten Haushalte; die Reduzierung der Sozialbeiträge senkt die Personalzusatzkosten und macht dadurch zusätzliche Arbeitsplätze rentabler.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat unlängst berechnet, was eine Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge um 1 Punkt und die Anhebung der Mehrwertsteuer um 1 Punkt an Jobs bringt:

Allein durch eine derartige Umfinanzierung könnten nach Berechnungen des IAB langfristig bis zu 100.000 Jobs zusätzlich geschaffen werden.

Dass viele private Haushalte durch das Umsteuern bei den Steuern und Sozialabgaben am Ende mehr im Portemonnaie haben, machen Beispielrechnungen auf der Basis der vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für drei Haushaltstypen – hohes, mittleres und niedriges Einkommen – deutlich (Grafik):

Doppelverdiener ohne Kinder. Ein gut gestellter Arbeitnehmerhaushalt, in dem beide Partner zusammen rund 8.000 Euro brutto verdienen, hat nach Abzug aller Steuern und Sozialabgaben laut Bundesamt im Durchschnitt monatlich

Mehrwertsteuererhöhung: Der IW-Vorschlag				
Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln schlägt vor, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 1 Prozentpunkt zu senken, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen und im Gegenzug die Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte auf 18 Prozent zu erhöhen. Die Auswirkungen in Euro pro Monat:				
	Doppelverdiener – verheiratet, ohne Kinder	Alleinverdiener – verheiratet, zwei Kinder	Allein- stehender	Allein- stehende
Bruttolohn	8.116	4.315	3.305	2.410
- Lohnsteuer	1.869,16	633,50	662,58	378,25
- Solidaritätszuschlag	102,80	20,19	36,44	20,28
- Sozialversicherungsbeiträge	1.664,90	857,05	715,33	521,76
+ Kindergeld	-	308,00	-	-
= Ausgabefähiges Einkommen vor Umfinanzierung	4.479	3.112	1.890	1.489
- Verteuerung des Konsums bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 Punkte	28,06	22,01	13,77	10,85
+ Wegfall des Soli und Reduzierung der Arbeitslosenversicherung	143,38	41,77	52,97	32,33
= Ausgabefähiges Einkommen nach Umfinanzierung	4.594	3.132	1.929	1.510

Stand: 2. Halbjahr 2005; Annahmen: konstante Nachfrage, vollständige Überwälzung der Steuererhöhung auf die Verbraucher, ermäßigter Satz bleibt gleich; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt, BMF

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

4.479 Euro zum Ausgeben im Geldbeutel. Davon konsumiert er knapp 3.000 Euro. Weil für Miete keine Mehrwertsteuer fällig wird und auch für etliche Güter des täglichen Bedarfs nur der ermäßigte Satz zu zahlen ist, verteuert sich der Konsum durch den höheren Normalsatz bei der Mehrwertsteuer um 28 Euro im Monat. Dafür werden durch den gekippten Solidaritätszuschlag und den geringeren Arbeitslosenbeitrag 143 Euro gespart.

Familie mit Kindern. Ein Mittelschicht-Alleinverdiener mit zwei Kindern zahlt auf seine Lohnsteuer momentan 20 Euro Soli. Der entfiel künftig. Beim Arbeitslosenbeitrag würde die Familie weitere 22 Euro einsparen. Dem stünde eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten von nur 22 Euro gegenüber.

Single. Ein Arbeitnehmer – z.B. ein Fertigungsplaner in der M+E-Industrie – mit einem ausgabefähigen Einkommen von monatlich 1.890 Euro müsste nach der MwSt-Erhöhung an der Kasse im Supermarkt, im Reisebüro oder in der Apotheke 14 Euro mehr berappen. Dafür „schenken“ ihm Staat und Arbeitslosenversicherung 53 Euro. Und selbst eine Krankenschwester oder ein Kanalarbeiter mit einem Bruttoverdienst von lediglich 2.410 Euro im Monat macht bei der Umfinanzierung ein Plus von 20 Euro.

Der positive Effekt, den viele Haushalte nach der Umstellung in ihrer Kasse spüren – nämlich dass sich Arbeit wieder

mehr lohnt –, stellt sich auch bei den Unternehmen ein: Die Arbeitskosten sinken und die Gewinne werden durch den Wegfall des Solidaritätszuschlags nicht mehr so stark besteuert – was Investitionen hierzulande fördert. Eine solche wachstums- und arbeitsmarktfreundliche Steuer- und Abgabepolitik würde nicht nur den Faktor Arbeit entlasten, sondern auch dem Fiskus nutzen. Denn wo mehr Menschen in Lohn und Brot sind, da wachsen die Staatseinnahmen und sinken die Ausgaben für Arbeitslose.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen haben sich die neuen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten genau zu diesem Weg entschlossen, indem sie Einkommen und Gewinne niedrigen Tarifen mit geringer Progression unterwerfen oder sogar steuerlich komplett freistellen, den Konsum jedoch deutlich höher besteuern. So beträgt der normale Mehrwertsteuersatz in Ungarn 25 Prozent und in Polen 22 Prozent. Der Spitzensatz bei der Einkommensteuer beträgt dagegen nur 38 bzw. 40 Prozent. Hierzulande sind es inklusive Soli über 44 Prozent.

Wenn sich auch in Deutschland die Auffassung durchsetzen sollte, die Mehrwertsteuer anzuheben, dann kann das nur unter einer Bedingung geschehen: Der zusätzlichen Belastung muss eine entsprechende Entlastung gegenüberstehen – etwa bei den Sozialabgaben. Alles andere ginge auf Kosten weiterer Arbeitsplätze.